



**Landesvorstand Salzburg**

5020 Salzburg, Kaigasse 23  
Tel.: 0662/8042-2519 Fax 0662/849990  
e-mail: goed.salzburg@goed.at

Hans Siller  
Vorsitzender

Salzburg, 18. August 2009

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Landesvorstand Salzburg, unterstützt die Beschlüsse in den Gewerkschaftsorganen, Personalvertretungs- sowie Betriebsratsorganen der Landesbediensteten und der Landeskliniken und des öffentlichen Baudienstes.

Die Salzburger Landesregierung hat unter Missachtung jeglicher sozialpartnerschaftlichen Gepflogenheit für sich Entscheidungen geplant, die in mehrfacher Hinsicht einen volkswirtschaftlichen Fehler darstellen, den MitarbeiterInnen die Motivation rauben, die Kaufkraft im gesamten vermindern und medial den Landesbediensteten und Klinikbediensteten ungerechtfertigterweise die Bürde der Banken - und dadurch vorhandenen Wirtschaftskrise - zuteilen.

Politik ändert anscheinend die Persönlichkeit, macht herrisch, auch aggressiv und demokratiepolitisch grenzwertig. Gesellschaftspolitische und eigene Fehler werden der eigenen Bedienstetengruppe angelastet, obwohl genügend Beschäftigung vorhanden ist, die notwendige Arbeit, die zu leisten ist wird keines Falls einer Aufgabenkritik unterzogen, geschweige denn reduziert. Mit theatralischer Weltuntergangsstimmung „rotten“ sich Personen, denen ein politisches Amt verliehen ist zusammen, treten dadurch mit „Rudelwirkung“ auf und versuchen durch uniformierten Druck um jeden Preis falsche politische Entscheidungen durchzudrücken und zu begründen, sowie einzelne Arbeitsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Warum gibt es bei Pensionen eine Inflationsabgeltungspflicht und für Landesbedienstete und Bedienstete der Landeskliniken eine unverhandelte Nulllohnrunde mit Einkommensverlust und Gehaltskürzung? Der wirtschaftliche, leichte positive Schimmer wird verschwiegen, die oft erhobene Forderung gemeinsam Österreichweit den öffentlichen Dienst zu gestalten negiert, die tatsächliche Krankenhausreform nicht angesprochen.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hat daher von der Frau Landeshauptfrau Verhandlungen verlangt, diese wurden inzwischen zugesagt und das Verhandlungsteam ist zu sofortigen Verhandlungen bereit.